

HALLE GEGEN RECHTS – BÜNDNIS FÜR ZIVILCOURAGE



Pressemitteilung | 18. Januar 2016

HALLE GEGEN RECHTS FORDERT ABSAGE DES VORTRAGS VON NORMAN FINKELSTEIN AM MAX-PLANCK-INSTITUT IN HALLE

Nach der Jüdischen Gemeinde Halle fordert auch Halle gegen Rechts – Bündnis für Zivilcourage die Absage eines Vortrags von Norman Finkelstein am Max-Planck-Institut für Ethnologie in Halle und erhebt schwere Vorwürfe gegen die Forschungseinrichtung. Zuvor hatte es bereits scharfe internationale Kritik an der Einladung Finkelsteins gegeben, dem Antisemitismus vorgeworfen wird.

Finkelstein, der sich mit den Terrororganisationen Hisbollah und Hamas solidarisch zeigt und die Hisbollah mit dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus verglich, soll am Montag den 23.01. unter dem Titel „GAZA: an inquest into its martyrdom“ am Max-Planck-Institut für Ethnologie in Halle sprechen. Die Hamas, welche in ihrer Charta die Vernichtung Israels fordert, wird schon in der Einladung zum Vortrag verharmlost und ihre terroristischen Angriffe auf Israel geleugnet. Bereits 1982 demonstrierte Finkelstein unter dem Banner „Israeli Nazis – Stop the Holocaust in Lebanon“ vor dem israelischen Konsulat in New York. Israel hat gegen Finkelstein eine zehnjährige Einreisesperre verhängt. Zu Finkelsteins Büchern zählt unter anderem „Die Holocaust-Industrie“, in welchem er Juden und Jüdinnen vorwirft, den Holocaust zu ihrem eigenen Vorteil und zur Durchsetzung israelischer Interessen zu benutzen. „Die Dämonisierung und Delegitimation Israels sowie der Vorwurf, den Holocaust zu benutzen, sind zentrale Motive des modernen Antisemitismus“, konstatiert Wanja Seifert, Sprecher von Halle gegen Rechts.

Halle gegen Rechts wirft dem aus öffentlichen Geldern finanzierten Max-Planck-Institut vor, mit der Einladung Finkelsteins Antisemitismus eine Bühne zu geben. „Es ist unerträglich, dass das Max-Planck-Institut mit Norman Finkelstein jemanden einlädt, der vehement antisemitische und antiisraelische Positionen vertritt“, so Wanja Seifert, Sprecher von Halle gegen Rechts und machte deutlich, „Dieser Vortrag muss abgesagt werden! Es ist schon gar nicht nachvollziehbar, warum Finkelstein überhaupt eingeladen wurde“. Bereits 2010 waren Veranstaltungen mit Finkelstein in Deutschland nach Kritik unter anderem durch den BAK Shalom der Linksjugend und der Jüdischen Gemeinde zu Berlin abgesagt worden.

Auch international äußerte sich scharfe Kritik an der Einladung Finkelsteins, unter anderem aus dem Simon Wiesenthal Center, dem Berliner Büro des American Jewish Committee, B’nai Brith Canada und von Alan Dershowitz, der dem Max-Planck-Institut

HALLE GEGEN RECHTS – BÜNDNIS FÜR ZIVILCOURAGE

in der Jerusalem Post vorwarf, Finkelstein nicht trotz, sondern wegen seiner Positionen eingeladen zu haben.

Die bisherige Stellungnahme aus dem Max-Planck-Institut weist Halle gegen Rechts zurück. Die Argumentation, Finkelstein könne schon auf Grund seiner Familiengeschichte kein Antisemitismus vorgeworfen werden, blende die Positionen Finkelsteins aus. Dr. Asaf Romirowsky vom Middle East Forum entgegnete dem Max-Planck-Institut in der Jerusalem Post „Offensichtlich hat das MPI seine Hausaufgaben nicht gemacht. Während Finkelsteins Eltern tatsächlich Überlebende sind, hat Finkelstein seine ganze Karriere als Jude gemacht, der bereitwillig mit Neonazis, Holocaust-Leugnern und Antisemiten zusammenarbeitet.“ Halle gegen Rechts erwartet, dass das Max-Planck-Institut den Vortrag absagt, „Alles andere wäre eine fatale Entscheidung und würde Antisemitismus und Hass auf Israel legitimieren“, so Wanja Seifert, Sprecher von Halle gegen Rechts.

Ebenfalls in der Jerusalem Post hatte Max Privorozki, Vorstand der Jüdischen Gemeinde Halle, die Absage des Vortrags von Finkelstein gefordert. Auch das „Bündnis gegen Antisemitismus und Antizionismus Leipzig“ fordert die Absage des Vortrags, sowie eine Erklärung des Max-Planck-Instituts.

„Halle gegen Rechts – Bündnis für Zivilcourage“ ist ein überparteiliches Bündnis aus über 100 Einzelpersonen und mehr als 30 Organisationen aus Halle, das sich entschieden gegen die extreme Rechte, Rassismus, Antisemitismus und andere Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit sowie gegen jede Diskriminierung und für Zivilcourage einsetzt.